



Tino Müller, MdL
Jahrgang 1978

*stellvertretender
Fraktionsvorsitzender*

Liebe Landsleute,

die „Polizeistrukturreform 2010“ birgt in sich einen weiteren Rückzug des Staates aus seiner Verpflichtung, zum Wohle der Bürger zu handeln. Die Pläne zur landespolizeilichen Neuorganisation sind ein weiteres Mosaikstück in der planmäßigen und zielgerichteten Verödung unserer Heimat. Die NPD hingegen ist sich der Verpflichtung des Staates gegenüber dem Volk bewußt - wir lehnen deshalb die „Reform“ entschieden ab.

Weniger Polizeibeamte und weniger Polizeipräsenz bedeuten mehr Kriminalität – insbesondere in Grenznähe. Dies würde aber auch eine geringere Erfassung von Straftaten zur Folge haben. So lassen sich auch Statistiken schönen. Der Landesinnenminister Lorenz Caffier von der CDU weiß, wie es gemacht wird.

Ihr Tino Müller

Machen Sie sich ein eigenes Bild.

Schreiben Sie uns!

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion und bitte um Übersendung von Infomaterial.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

0385-5251322 0385-5251321

info@npd-fraktion-mv.de www.npd-fraktion-mv.de

„Polizeistrukturreform 2010“
Eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit!



www.npd-fraktion-mv.de





Die Polizeistrukturreform der CDU-SPD-Regierung öffnet der Kriminalität Tür und Tor.

Seit Öffnung der Grenzen zu Osteuropa mehren sich unübersehbar bandenmäßige Diebstähle, Firmenplünderungen, schwere Einbrüche, Drogen- und Zigarettenschmuggel sowie organisierte Menschenschleuserei. Trotz wachsender Grenzkriminalität setzt die Landesregierung nunmehr ihre Pläne zur Neuorganisation der Landespolizei fort. Laut „Polizeistrukturreform 2010“ von CDU und SPD wird die Anzahl der Polizeibehörden in Mecklenburg-Vorpommern massiv reduziert. Die bisherigen fünf Polizei-Direktionen werden aufgelöst - an ihre Stelle treten zwei Polizeipräsidien. Von 17 Polizei-Inspektionen im Land bleiben nur noch acht übrig - mit größeren Einzugsgebieten! Ob diese überhaupt deckungsgleich mit den neu zu bildenden Kreisen sind, blieb bisher offen. Mit anderen Worten: Aus einer „Reform“ wird ein Abbau, der nichts Gutes verheißt.

Dabei haben die Anforderungen an die Polizei in den letzten Jahren durch neue Kriminalitätsfelder und eine ungünstige Altersstruktur ohnehin deutlich zugenommen. Angesichts des

anhaltenden Personalabbaus im Zuge des noch bestehenden Personalentwicklungskonzepts würde sich die anvisierte Ausdünnung von Polizeidienststellen - insbesondere in der Fläche - verheerend auswirken. Seit 2001 wurden bereits 700 Polizeistellen abgebaut. Auf diesen wackeligen personellen Sockel stützt sich die „Polizeistrukturreform 2010“. Sie erzwingt somit bei der Landespolizei, die ohnehin schon von einer wahnwitzigen Einsparungspolitik betroffen ist, eine Arbeitsverdichtung ungeahnten Ausmaßes.

Entgegen der Auffassung der Landesregierung ist die Polizeiarbeit aber weder eine bloße „Dienstleistung“ noch folgt sie rein ökonomischen Prinzipien. Tatsächlich kann es nur richtig sein, wenn

in umgekehrter Weise die Landespolizei ihren Bedarf an Finanzmitteln bei der Landesregierung anmeldet. Dabei ist es nicht von belang, wieviel Geld verlässliche Polizeiarbeit kostet. Organisatorische Änderungen durch neue Polizeistrukturen können den Mangel an Personal einfach nicht abfedern.

Hinzu kommt, daß die Bündelung von Dienststellen die Arbeitsfähigkeit der Landespolizei zwangsläufig gefährdet. Dies würde sich allein aus einem unterschiedlichen Ausbildungsstand, einer unterschiedlichen Ausrüstung und nicht aufeinander eingespielten Einsatzpartnern ergeben. Damit ist für den Bürger wie für den Polizisten ein erhöhtes Risiko bei Einsätzen vorprogrammiert.

Die nationale Landtagsfraktion lehnt daher die Polizeistrukturreform 2010 konsequent ab und machte dies bereits frühzeitig mit ihrem Antrag „Polizeistrukturreform 2010 verwerfen - Pläne zur Neuorganisation der Landespolizei aussetzen“ deutlich. Die NPD ist der Über-

zeugung, daß mit neuen Organisationsstrukturen weder die Aufgaben bei der Landespolizei weniger werden, noch die Kriminalität einfach verschwinden wird. Die „Polizeistrukturreform“ 2010 gefährdet schlichtweg die innere Sicherheit im Land.

Auswirkungen der „Reform“:

- ▶ mangelnde Polizeipräsenz in der Fläche, durch Abbau von Inspektionen (von 17 bleiben 8 übrig) und Schließung der fünf Direktionen im Land;
- ▶ Unklarheit über anfallende Kosten bei Personalveränderungen, Umzugsvergütungen und Trennungsgeldzahlungen;

- ▶ keine Nutzungskonzepte für polizeiliche Liegenschaften wie bspw. die mit 40 Millionen D-Mark erst im Jahr 2000 umgebaute Polizeidirektion Anklam;
- ▶ eine Total-Aufgabe des Kampfes gegen die ausufernde Grenzkriminalität, welche seit Öffnung der Staatsgrenzen insbesondere in der Nähe zu Polen zugenommen hat.